

Man höre und staune

Nord Stream 2: „Nur ein Haufen Metall“, FR-Politik vom 31. Januar

Karl Doemens schreibt, es stünde ein überparteiliches Paket an, das im Falle einer russischen Militäration in der Ukraine das Aus der Ostseepipeline Nord Stream 2 besiegelt. Dieses überparteiliche Paket wird nicht in Berlin, nein, in Washington in Angriff genommen. Mehr noch: „Falls Russland in der Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 nicht in Betrieb gehen“, sagt die, man höre und staune, „zuständige Abteilungsleiterin“ Victoria Nuland im US-Außenministerium. Ich ging bisher davon aus, dass Berlin und Schwerrin darüber befänden.

Sehr wohl kann man eine solche Maßnahme diskutieren. Ich frage mich nur, mit welchem Hochmut die US-Administration besetzt ist zu meinen, dass diese Frage in ihren Zuständigkeitsbereich fiele? Sind wir ein Satellit Washingtons? Auch müssen sich Teile der Grünen in Regierungsverantwortung fragen lassen, ob sie mit ihrer Haltung zur Pipeline nicht Wasser auf die Mühlen in Washington leiten.

Die Richtlinienkompetenz hat immer noch der Kanzler. Das sollte sich die Chefdiplomatin Deutschlands klarmachen, wenn sie sich in der Öffentlichkeit zu diesem Projekt äußert. Sie unterläuft mit ihrer Haltung zu Nord Stream 2 eindeutig deutsche Interessen. Wir werden das Erdgas, das sauberer verbrennt als Öl, noch eine Weile als Übergangslösung benötigen.

Klaus Boll, Frankfurt

Turbinen im Leerlauf

Erwiderung zu „Flugverkehr auf Kosten der Gesundheit“, Forum v. 20.1.

Was kaum einer weiß: Der Flugzeugtreibstoff Kerosin besteht aus Benzin plus Öl. Das Öl dient zum Schmieren der Turbinen. Also wie eine Zwei-Takt-Mischung. Das Verhältnis Öl zu Benzin ist beim Kerosin etwa 1:500. Was so stinkt am Flughafen ist das verbrannte Öl. Aber das ist nicht alles. Im Sinkflug sind die Turbinen im Leerlauf, müssen aber trotzdem mit geschmiert werden. Der Treibstoff wird dabei nicht verbrannt, sondern kommt einfach hinten aus der Turbine raus. Die Benzole verflüchtigen sich, das Öl aber rieselt unverbrannt runter. Deshalb bekommen die Terrassensteine in Frankfurt und anderswo mit der Zeit einen klebrigen Schmutzfilm aus Öl.

Als Errungenschaft wurden verbesserte Anflugstrategien gepriesen, so dass der Sinkflug früher eingeleitet werden kann. Dadurch wird Kerosin gespart. Nicht erwähnt wird, dass dadurch vermutlich noch mehr unverbranntes Öl in die Landschaft rieselt. Das Öl gilt übrigens als krebserregend.

Udo Kauxdorf, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220207

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert zieht mit Dominike Pauli, Co-Fraktionsvorsitzende der Linken im Römer, eine Zwischenbilanz der neuen Regierungskoalition im Frankfurter Römer, Anmeldung/Platzreservierung über club-voltaire.de/video
Donnerstag, 10. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Pitt von Bebenburg spricht mit Reem Alabali-Radovan, der neuen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, und moderiert anschließend eine Diskussion über die Migrations- und Integrationspolitik mit Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen. Eine Veranstaltung im Rahmen der Vorbereitungs-Tagung zur Interkulturellen Woche 2022. Informationen und Anmeldung unter: interkulturellewoche.de/Tagung2022
Samstag, 12. Februar, 9.15 Uhr

Oliver Teutsch liest im Rahmen der Veranstaltung „Der lange Tag der Bücher“ aus seinem Roman „Die Akte Klambautermann“. Es geht um die turbulente Entstehung des Bestsellers „Jeder stirbt für sich allein“ von Hans Fallada. Die Lesung moderiert der Verleger Axel Dielmann. Kostenlose Tickets gibt es bei adticket.de.

Sonntag, 20. Februar, 16 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Bespitzelung als Instrument des Rechtsstaats

Zu: „Wer hütet die Verfassung?“, FR-Feuilleton vom 28. Januar

Unter Generalverdacht gestellt und eingeschüchtert

Neben berechtigter Kritik scheint Arno Widmann auch gute Seiten am „Radikalenerlass“ von 1972 zu finden: „Der Erlass half den Radikalen dabei, neue Wege zu suchen. Er hat nicht unwesentlich zur Verbreitung radikaler Gedanken beigetragen.“ Der niedersächsische Landtag sah das mit seiner Entschließung vom 14.12.2016 eindeutiger:

„Systemkritische und missliebige Organisationen und Personen wurden an den Rand der Legalität gedrängt, die Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit wurde behindert, bedroht und bestraft. Bis weit in die 1980er Jahre vergiftete die Jagd auf vermeintliche ‚Radikale‘ das politische Klima. Statt Zivilcourage und politisches Engagement zu fördern, wurden Duckmäusertum erzeugt und Einschüchterung praktiziert.“

Der Landtag stellt fest, „dass politisch motivierte Berufsverbote, Bespitzelungen und Verdächtigungen nie wieder Instrumente des demokratischen Rechtsstaates sein dürfen; dass die von niedersächsischen Maßnahmen betroffenen Personen durch Gesinnungsanhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit vielfältiges Leid erleben mussten.“

Umso erschreckender ist der Passus in der Vereinbarung der Ampelkoalition, der vorsieht, dass die Sicherheitsüberprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern für den öffentlichen Dienst ausgeweitet werden soll. Es wäre fatal, wenn wieder junge Menschen unter Generalverdacht gestellt und eingeschüchtert werden würden und der Verfassungsschutz darüber entscheiden könnte, wen er als „Extremisten“ aussieht. Wer könnte verhindern, dass dann auch „radikale“ Klimaaktivistinnen oder Antifa-Aktive ins Visier geraten?

Joachim Sohns, Oldenburg

Anhaltender Schaden für die politische Kultur

Gerne lese ich alle Feuilleton-Artikel von Arno Widmann, der so lebendig, von großer Bildung geprägt und interessant schreiben kann. Sein Artikel über die Berufsverbote hat mich dagegen enttäuscht, da er eher assoziativ Erinnerungen bemüht, die so daher erzählt werden. Das Thema hätte mehr Aufmerksamkeit verdient. War es doch die Reaktion der Regierung(en) der noch recht jungen BRD auf die 68er Bewegung, die einen schnüffelnden Überwachungsstaat errichtete. Dabei ist es sicher richtig, dass Beamte, die sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen (z.B. politische Indoktrination) belangt werden“. Dafür gibt es das Disziplinarrecht bis hin zur

Entlassung. (Das wäre m.E. bei einem Geschichtslehrer Björn Höcke durchaus angebracht, wenn er eine „Änderung der Erinnerungskultur um 180 Grad“ fordert, m.W. ist er immer noch wenn auch beurlaubter, Beamter des Landes Hessen.) Aber diese flächendeckende Überprüfung aller Einstellungen im öffentlichen Dienst (dazu gehörten ja noch Bahn und Post) und eingestellter Beamten hat nicht nur die Lebensplanung und -karriere vieler junger Menschen belastet und verzögert, oft auch zerstört. Vielmehr schuf sie auch ein Klima der Einschüchterung und Überwachung, das der demokratischen Kultur der BRD nachhaltig geschadet hat. Dazu kam, dass manchmal ehemalige NS-Richter wie der „Rassen-schande“-Richter Edmund de Chapeurouge am BVerwG über abgelehnte Bewerberinnen urteilten, in einem Fall 1975 über die Lehrerin Anne Lenhard, Tochter von NS-Verfolgten.

Immer wieder waren Kollegen, Eltern und Schüler:innen empört, wenn Lehrkräfte, denen sogar von konservativen Schulleitern ein tadelloses Verhalten im Dienst bescheinigt wurde, allein wegen der Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei vom Dienst ferngehalten werden sollten. Und schließlich hat auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 1995 diese Praxis verurteilt.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

Keine gleichen Chancen für alle Kinder

Schule verstärkt Unterschiede: „Ein System für Annas, nicht für Hülyas“, FR-Magazin vom 29. Januar

Die wirkliche Not in der Bildung wird kleingeredet

Mit diesem Bericht und dem Beitrag über künftig fehlende Lehrerstellen hat die FR diese Woche gleich zwei wichtige Beiträge zur Bildungspolitik veröffentlicht. Beide Themen sind in der Fachwelt schon lange bekannt und lassen sich seit Jahren in den OECD-Bildungsberichten nachlesen. Trotzdem wird unser Bildungssystem von Seiten der Politik als eines der besten dargestellt und die wirkliche Not im System kleingeredet.

Schon jetzt fehlen an den Grundschulen, die die Basis für späteren Bildungserfolg legen, studierte Pädagog*innen. In den Ballungsgebieten wird sich kaum noch eine Schule finden, in der wirklich alle Kinder von ausgebildeten Lehrer*innen unterrichtet und als Klassenleitung durch ihre ersten vier Schuljahre begleitet werden. Das ist für alle betroffenen Kinder bedauerlich. Für Kinder aus bildungsfernen Familien oder aus Familien, die ihre Kinder sprachlich nicht unterstützen können, ist das ein echtes Problem. Denn dann kann zu Hause niemand ausgleichen, was in der Schule eventuell nicht vermittelt wird.

Aber auch mit gut ausgebildeten Lehrkräften bleibt die Herausforderung bestehen, in vier Jahren den Vorsprung aufzuho-

len, den ein Kind aus einem Akademikerhaushalt hat. Wer das schafft, ist nicht nur gut, sondern sehr gut. Melisa Erkurt stellt das sehr anschaulich dar.

Ich hoffe, dass ihr Buch von vielen Menschen gelesen wird und sich ein breites Interesse entwickelt, das Thema Bildungsgerechtigkeit als ein wichtiges Thema für die Zukunft unseres Landes und unsere Kinder zu erkennen. Und dass die FR das Thema zum Dauerthema macht.

Annette Christoph, Neu-Isenburg

Klassenunterschiede verfestigen sich

Dankenswert, dass die FR Melisa Erkurt eine Doppelseite einräumt und damit einmal mehr eine unerträgliche Schieflage unseres Schulsystems anprangert. Aber wie weiter? Wer geht nun die sattsam bekannten Ungerechtigkeiten und dauerhaften Versäumnisse endlich an?

Ich glaube nicht, dass die Grundschulen, wie Erkurt erwartet, den Ausgleich der mitgebrachten Benachteiligungen überhaupt als Auftrag angenommen haben. Zuvorderst organisieren sie die schulische Eingewöhnung nach bürgerlichen Maßstäben und tragen damit – wie Erkurt richtig konstatiert – selbst zur Verschärfung der Ungleichheit der Chancen bei, statt diese abzubauen. Jetzt und gleich

könnten und müssten all die von ihr benannten Maßnahmen ergriffen werden, um allen Kindern gleichermaßen eine ehrliche Chance zu geben, ihre Potenziale zu entfalten. Stattdessen übernimmt die Grundschule aber weiterhin die Aufgabe, durch Noten und vergleichende Bewertung die anschließende Zuordnung zu verschiedenen wertigen Schulformen zu legitimieren. Einer unausgesprochenen Allianz bürgerlicher Vorteile-Profitore gelangt es dabei perfekt, stets von der täglichen und langfristigen Benachteiligung nicht gutbürgerlich sozialisierter Kinder abzulenken. Der Skandal geht immer weiter, selbst wenn der Bundespräsident Steinmeier 2019 in der Paulskirche zu Recht betont: „Wir dürfen nicht zulassen, dass schon in den Vor- und Grundschuljahren Klassenunterschiede entstehen oder sich verfestigen.“

Es wird aber zugelassen und beeinflusst die Haltung und Entscheidungen der Eltern und vieler Lehrkräfte. Die Würde der Kinder wird missachtet, das Selbstwertgefühl zu vieler geschädigt. Die Grundschule legt so den Grundstein zur Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheit und Spaltung, zum Schaden der Kinder und der Gesellschaft – und keine/r tut was dagegen.

Gerd-Ulrich Franz, Groß-Umstadt

Diskussion: frblog.de/lehrkraefte